

Hauswirtschaftliche Fortbildung nicht abschaffen

Mit der Abschaffung der hauswirtschaftlichen Fortbildung soll eine Million eingespart werden. Dafür soll die Erfolgsgeschichte mit den sehr gut besuchten Kursen unnötigerweise beendet werden.

Von EVP-Kantonsrätin Ruth Kleiber, Winterthur

Der Kantonsrat hat am 6. Dezember 2010 entschieden, dass das Gesetz über die hauswirtschaftliche Fortbildung, die Aufsichtsregelung und die Empfehlungen betreffend Kurs- und Schulgeldern vollumfänglich aufgehoben wird. Der Kanton spart 1.0 Mio. Franken Subventionsgelder. Mit einem Federstrich sollen die hauswirtschaftlichen Erwachsenen- und Elternkurse gestrichen werden mit der Begründung, dieses Gesetz sei überflüssig.

Gegen den Kantonsratsbeschluss wurde das Referendum ergriffen, in nur 6 Wochen wurden rund 20'000 Unterschriften gesammelt, die EVP ist mit Kantonsrat Ruth Kleiber, Winterthur, und ex. Kantonsrat Kurt Leuch, Oberngstringen, im Unterstützungskomitee vertreten. Die hauswirtschaftlichen Fortbildungskurse sind über den ganzen Kanton gesehen eine Erfolgsgeschichte seit vielen Jahrzehnten. Es ist nicht einzu- sehen, warum eine sinnvolle, erfolgreiche Einrichtung abgeschafft werden soll.

Der grosse Vorteil der hauswirtschaftlichen Kurse ist, dass die Kursteilnehmer in der Region und in ihrer Wohngemeinde im Schulhaus die Weiterbildungen besuchen können, die Infrastruktur ist bestens vorhanden und vom Steuerzahler bezahlt. Jedes Jahr besuchen rund 22'000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer 1'800 Kurse in vielen Gemeinden des Kantons. Dabei erteilen rund 300 Lehrpersonen etwa 36'000 Lektionen. Die Kurse beziehen sich auf den modernen Haushalt, das Wohlbefinden des Einzelnen und den Bedürfnissen der Familien.

Die Kosten der Kurse sind so gehalten, dass die gesamte Bevölkerung die Kurse sich leisten kann und decken dementsprechend die Personalkosten nicht. Im Gesetz der hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule sind die Subventionen geregelt. Die Leute, welche vorwiegend die Weiterbildungskurse besuchen, sind im Bereich des Mittelstandes angesiedelt. Der Mittelstand wird je länger je mehr immer wieder zur Kasse gebeten, so indirekt auch mit der Abschaffung der hauswirtschaftlichen Kurse, denn Privatanbieter verlangen bedeutend höhere Kursgelder, nur schon um die Schulungszimmer finanzieren zu können.

Der Bund will ein umfassendes Weiterbildungsgesetz einführen und der Kanton Zürich schafft eine gut funktionierende gesellschafts- und freizeitorientierte Weiterbildung ab. Warten wir die Vorgaben des Bundes ab, dann kann das Gesetz über die hauswirtschaftliche Fortbildung überarbeitet werden.

Ich empfehle aus Überzeugung ein Nein zur Abschaffung der hauswirtschaftlichen Fortbildung.

(Die Beschlussfassung der EVP-Parteigremien folgt baldmöglichst)

Zürich, 13. Juni 2011/rk/pr

Für Auskünfte:

Ruth Kleiber, Kantonsrätin EVP ZH, Winterthur P: +41 (0)52 232 88 88 N: +41 (0)76 388 48 89 ruth.kleiber@win.ch
